

„Der demütigenden Wahlniederlage der SPD in Baden-Württemberg muss ein gründlicher Neuanfang folgen!“

Der demütigenden Wahlniederlage der SPD in Baden-Württemberg muss ein gründlicher Neuanfang folgen. Dafür ist die Analyse unserer Schwächen, aber auch die gründliche Diskussion über unsere Inhalte und Strategien sowie über unsere Führungspersönlichkeiten nötig. Das braucht Zeit. Und die breite Einbeziehung unserer Mitglieder.

Mit seinen übereilten und undurchdachten Beschlüssen verhindert der amtierende Landesvorstand eine sorgfältige Schrittfolge und damit den notwendigen Neuanfang. Stattdessen wird nach der überstürzten Wahl des Fraktionsvorsitzes nun erneut eine Personalentscheidung mit kurzem Vorlauf und erwartbar unbefriedigendem Ausgang vorangetrieben. Eilig einberufene Regionalkonferenzen sind zwar gelaufen. Der größte Teil unserer Mitglieder ist aber weiterhin nicht ausreichend informiert und einbezogen. Resignation und Gleichgültigkeit drohen.

Die Unterzeichnenden, alle langjährige Mitglieder mit Verantwortlichkeiten in ganz unterschiedlichen Aufgaben, sagen deshalb:

- Wir brauchen mehr Zeit und Tiefe, um uns zu sortieren und auszurichten. Erkennbare und vermittelbare inhaltliche Vorschläge und Diskussionen sind jetzt nötig. Wir wollen von den Bürgern positiv wahrgenommen werden. Die Sozialdemokratie im Südwesten soll eine politische Kraft sein, zu der unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger Vertrauen haben können.
- Deshalb müssen unsere Hauptanliegen auch im Land wieder deutlich werden: Sicherung der Arbeitsplätze durch Unterstützung der wirtschaftlichen Umstrukturierung, engagierte Unterstützung des Kampfes gegen die Erderwärmung, starker Einsatz für Bildung und Erziehung, Chancengerechtigkeit, kommunale Stärke.
- Unsere Führungspersönlichkeiten müssen durch ihre Leistungen und ihre Haltung deutlich machen, dass sie diese Ziele für Baden-Württemberg erreichen wollen und können.

Deshalb fordern wir von den Delegierten des vorgezogenen Landesparteitags, das vom amtierenden Landesvorstand vorgegebene Verfahren zur Neuaufstellung der Landespartei abzulehnen und dessen interessengeleitete Einflusssicherung zurückzuweisen. Nur dann wird es gelingen, die in der Vielfalt der Mitgliedschaft steckende Kraft zu entfalten.

Wir empfehlen, den Antrag des SPD-Kreisverbandes Ulm anzunehmen und den Zeitplan für die Wahl des/der Landesvorsitzenden nach dem festgestellten Ergebnis auszusetzen und damit alle weiteren Wahlgänge oder Bestätigungen bis zu einem ordentlichen Parteitag zu stoppen.

Der vorgezogene Parteitag im Juni sollte vielmehr

- einen klein gehaltenen Übergangsvorstand aus erfahrenen und tüchtigen Persönlichkeiten ohne Mandatsinteresse mit der Aufgabe einsetzen, bis zu einem ordentlichen Parteitag zum Jahresende/im nächsten Frühjahr die inhaltliche Debatte und die Überlegungen der Gliederungen anzuregen und auszuwerten und Vorschläge für Veränderungen (Inhalte, Organisation, Kommunikation, Führungspersönlichkeiten) daraus zu machen.

- Den Arbeitsauftrag für den Übergangsvorstand ist so zu gestalten, dass er den Mitgliedern Vorschläge für einen Erneuerungsprozess vorlegt und zur Entscheidung bringt. Danach erfolgen auf einem ordentlichen Parteitag Neuwahlen.

Wir meinen: Gemeinde- und Kreisräte, die OB's und BM's sind die größte Chance der BW-SPD, jetzt der falsch pauschalierenden These ‚wir sind keine Volkspartei mehr‘ entgegenzutreten. Die SPD braucht in ihrer Gremienrealität einen Wechsel von der Binnen- zur Außenkommunikation. Dafür ist ein Kulturwandel nötig. Wir sind wertgebundenes Sprach- und Empfangsrohr für die Bürger und müssen dies mehr ins Zentrum unserer Willensbildung rücken. Wo nötig durch ‚kontra‘, aber vor allem durch ‚pro‘!

Herta Däubler-Gmelin, ehem. stv. Bundesvorsitzende, ehem. Bundesjustizministerin und MdB,

Reinhold Gall, ehem. Innenminister des Landes Bade-Württemberg und ehem. MdL,

Gernot Gruber, ehem. MdL, Rita Haller-Haid, ehem. MdL, Werner Henn, Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Baden,

Peter Hofelich, ehem. Staatssekretär, ehem. MdL und ehem. stv. Landesvorsitzender,

Hilde Mattheis, ehem. MdB und ehem. stv. Landesvorsitzende, Nik Sakellariou, ehem. MdL,

Rainer Stickelberger, ehem. Justizminister des Landes Baden-Württemberg und ehem. MdL